



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 08.10.2014, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresbericht Stadtbibliothek

Vorl.Nr. 327/14

---

#### **Beratungsverlauf:**

In Abstimmung mit dem Gremium verschiebt EBM **Seigfried** die Tagesordnungspunkte 3 und 6 hinter den Tagesordnungspunkt 9.

Nachfolgend stellt Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) kurz ihren Fachbereich und die Ansprechpartner aus den Abteilungen vor.

Anhand der Vorl.Nr. 327/14 erläutert Herr **Stierle** (Stadtbibliothek) den Jahresbericht der Stadtbibliothek für die Jahre 2012/13. Dabei geht er auf die wichtigsten Arbeitsfelder, Dienstleistungen und Themen sowie ausführlich auf die im Anhang dargestellten Finanz- und Leistungskennzahlen ein.

Stadtrat **Herrmann** zeigt sich insbesondere über die Alleinstellungsmerkmale der Stadtbibliothek in der außerschulischen Bildungs- und Kulturlandschaft sowie das optimale Ergebnis mit den geringen Personalkapazitäten erfreut. Letzteres spreche nach seiner Auffassung für die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiterhin halte er die Einführung der Benutzungsgebühren, die Erhöhung der Mahngebühren und die Fortführung des Bücherbusses vor einigen Jahren rückblickend für richtig. Durch die nach seiner Einschätzung vorbildliche Bibliothekslandschaft mit einer zentralen Bibliothek und Außenstellen, dem Bücherbus und den ehrenamtlich geführten Stadtteilbüchereien sehe er die Stadt Ludwigsburg sehr gut aufgestellt. Bei Letzteren leisteten die Trägervereine in allen Stadtteilen gute Arbeit.

Stadtrat **Dr. Vierling** befürwortet die konstante und erfreuliche Entwicklung der Stadtbibliothek und kommentiert einzelne Punkte des Jahresberichts.

Für Stadtrat **Daferner** seien die Kennzahlenvergleiche besonders hilfreich gewesen, wofür er sich bedanke. Aufgrund der Personalsituation wären die Leistungen noch anerkennenswerter. Er ermutigt Herrn Stierle die unterrepräsentierten Zielgruppen in erhöhtem Maße anzusprechen und die präventive Arbeit weiter zu stärken.

Stadträtin **Moersch** zeigt sich beeindruckt vom breiten Leistungsspektrum, weshalb die Ludwigsburger Bibliothek für sie zu Recht zu den bestgenutzten in Deutschland gehöre. Dadurch habe man es geschafft, die Bibliothek interessant zu machen. Sie wünsche sich die Einrichtung als Anlaufpunkt für die junge Generation zu etablieren, wozu die räumliche Erweiterung sicher einen Beitrag leisten werde.

Stadtrat **Heer** begrüßt das breite ehrenamtliche Engagement, welches zur Erhaltung der Zweigstellen in den Stadtteilen beitrage. Er sehe in den Kooperationen mit allen Bildungseinrichtungen und den vielfältigen thematischen Bausteinen die Schlüssel des Erfolgs. Bezüglich der Finanzkennzahlen seien ihm die steigenden Kosten im Verwaltungshaushalt, die sinkenden Einnahmen und eine Zunahme bei den Personalkosten aufgefallen, woraus ein erhöhter Zuschussbedarf resultieren würde.

Herr **Stierle** antwortet, dass sich die Kostensteigerungen mit der Sondersituation des Landesprojekts begründen ließe. Dahingegen würden die Personalkosten in gleichem Maße steigen, wie in anderen Verwaltungsbereichen auch.

---

TOP 2                      **Weiterentwicklung der Betreuungsangebote in Pflugfelden**

---

TOP 2.1                    **Ergebnisse aus der Bildungskonferenz 29.09.2014**  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet anhand einer Präsentation über die Ergebnisse der 2. Bildungskonferenz in Pflugfelden. Hierbei geht sie insbesondere auf die aktuelle Betreuungssituation und die Verarbeitung der Prüfaufträge aus der 1. Bildungskonferenz in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Schule ein.

Auf Wunsch des Gremiums erfolgt eine gemeinsame Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 2.2 .

---

TOP 2.2                    **Kindertagesstätte Pflugfelden, Stammheimer Straße 8**                      **Vorl.Nr. 304/14**  
- Ersatzbau  
- Grundsatzbeschluss und Raumkonzept  
- Vergabe der Planungsleistungen  
(Vorberatung)

---

**Abweichende Beschlussempfehlung:**

**Zur Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales**

1. *Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob eine Zweigeschossigkeit zur Errichtung einer weiteren Gruppe möglich ist und im nächsten Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hierüber zu berichten. Sofern dies nicht möglich ist, stimmt der BSS dem vorliegenden Raumprogramm für den Erweiterungsbau (Ersatzbau) der evangelischen Kindertageseinrichtung in Pflugfelden, Stammheimer Straße 8, zu.*

Ergänzung einer zusätzlichen Beschlussziffer 3:

3. Aufgrund der Dringlichkeit trifft die Verwaltung geeignete Maßnahmen zur früheren Fertigstellung des Erweiterungsbaus zum Kindergartenjahr 2016/17.

### **Zur Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt**

2. Die Verwaltung wird beauftragt die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung (Architektur und Technik) für den Ersatzanbau der evangelischen Kindertageseinrichtung Pflugfelden, Stammheimer Straße 8, auf Basis des vorliegenden Raumprogramms zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

### **Vergabe von Planungsleistungen**

#### 2.1 Heizung, Lüftung, Sanitär

Die Vergabe der Planungsleistungen für die technische Ausrüstung, Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphase 1 - 3) an das Ingenieurbüro Plangruppe Emhardt aus 71696 Möglingen wird genehmigt.

#### 2.2 Elektrotechnik

Die Vergabe der Planungsleistungen für die technische Ausrüstung Elektrotechnik (Leistungsphase 1 - 3) an das Ingenieurbüro SIB aus 74074 Heilbronn wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### Abweichende Beschlussziffer 1 zur Vorl.Nr. 304/14

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss (entschuldigt)

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

#### Ergänzung einer neuen Beschlussziffer 3

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss (entschuldigt)

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Zunächst stellt Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudemanagement) anhand einer Präsentation die Grundzüge der Planungen zur Größe des Baukörpers vor. Aufgrund erster Abstimmungen mit der Baurechtsbehörde könne eine Befreiung erteilt werden, das Baufenster in einigen Bereichen zu überschreiten.

Unter Fortsetzung der Präsentation erläutert Herr **Raiber** (FB Hochbau und Gebäudemanagement) die Planungen des Raumprogramms und die Flächenzusammenstellung der einzelnen Geschosse des Ersatzbaus, welche in Anlehnung an die Vorgaben des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) konzipiert wurden.

Ergänzend fügt Frau **Barnert** an, dass aufgrund der Vorabstimmungen die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit gegeben sei. Der Ersatzbau umfasse dabei eine Bruttogeschosfläche von ca. 230 m<sup>2</sup> und durch Umnutzung der Wohnungen entstehe im Dachgeschoss eine gleich große Fläche.

Stadtrat **Köhle** liegt die zeitnahe Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes im Stadtteil Pflugfelden am Herzen, weshalb der vorgelegte Zeitplan für ihn nicht hinnehmbar sei. Er bitte um eine rasche Umsetzung des Projekts und um nochmalige Prüfung, inwieweit eine teilweise Überbauung der Terrasse zur Schaffung eines zusätzlichen Gruppenraums ermöglicht werden könne. Zudem solle nach seiner Auffassung der Problematik im Keller schnellstmöglich abgeholfen und Gespräche zur Aufnahme von Anregungen der Eltern geführt werden. Zuletzt fragt er nach dem weiteren Umgang mit der zweiten Wohnung.

Stadträtin **Wiedmann** bringt ebenfalls ihre Hoffnung auf neue Betreuungsplätze durch den Bau zusätzlicher Gruppenräume im Terrassenbereich zum Ausdruck.

Stadtrat **Daferner** zeigt sich über die nicht mögliche Aufstockung enttäuscht und bezeichnet die Anmietung in der Schultheiß-Köhle-Straße als einzigen Lichtblick. Angesichts der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs erscheint ihm eine Inbetriebnahme im Jahr 2017 als nicht akzeptabel. Seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen, bitte jedoch eine zügige Inbetriebnahme zu forcieren.

Unter Bezug auf die Ergebnisse der Bildungskonferenz und der festgestellten Betreuungslücke müsse nach den Ausführungen von Stadträtin **Moersch** schnell für Unterstützung gesorgt werden. Bezogen auf die Inbetriebnahme schließe sie sich den Ausführungen der Vorredner an. Gleichermäßen dürfe der Ersatzbau auch für ihre Fraktion größer ausfallen, weshalb sie sich dem Prüfungsvorschlag anschließen könne. Die Ausführung der Planungen und die Flexibilität des Raumangebotes für die unterschiedlichen Bedarfe begrüße sie ausdrücklich.

Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs stellt Stadtrat **Heer** den Antrag, den Beschlussvorschlag hinsichtlich der Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur früheren Fertigstellung des Erweiterungsbaus zum Kindergartenjahr 2016/17 zu ergänzen. Darüber hinaus müssten hinsichtlich der Schulerweiterung ebenfalls schnellstmöglich Überlegungen zur Schaffung weiterer Plätze angestellt werden. Insgesamt könne er der Vorlage zustimmen und bitte den Antrag der FDP zur Abstimmung zu stellen.

EBM **Seigfried** fasst den Gesamtkontext zusammen indem er feststellt, dass es nicht möglich sei, in den vorhandenen Einrichtungen neue Kapazitäten zu schaffen. Aufgrund dessen habe man sich dazu entschlossen, zur Abdeckung einer Spitze in der Entwicklung der Kinderzahlen für einen Zeitraum von 10 bis 12 Jahren, Räumlichkeiten für eine neue Kindertagesstätte anzumieten. Bezogen auf künftige Bedarfe sei es darüber hinaus erforderlich, die Schule baulich für drei Züge und den Ganzttag anzupassen. Dies stelle die Verwaltung vor gewaltige Herausforderungen und bedeute eine finanzpolitische Entscheidung in erheblichem Umfang. Die zugrunde liegende strukturelle Unterversorgung sei allerdings seit Jahren bekannt gewesen, weshalb die Betreuung in angrenzenden Einrichtungen gewährleistet werden musste. Diese habe man bisher immer sicherstellen können. Nun müsse an der Passung zwischen Angebot und Nachfrage gearbeitet werden.

Frau **Barnert** weist auf die Situation im rückwärtigen Bereich und die Abstandsflächen hin, aufgrund derer die Planungen zur Zweigeschossigkeit nicht genehmigungsfähig wären. Der im Altbau bestehenden Problematik des feuchten Gewölbekellers, welcher über keine Abdichtung zum Erdreich verfüge, sei man durch eine Räumung begegnet, so dass davon keinerlei Gefahr ausgehe. Da die gezeigten Planungen ausschließlich als Flächenlayout verstanden werden dürften,

sagt Frau Barnert zu, die Anregungen der Nutzer in der späteren Ausarbeitung von Details einzubeziehen. Der terminliche Ablauf sei demzufolge von den weiteren Beratungsfolgen auch hinsichtlich der zweigeschossigen Lösung abhängig, zu der im nächsten Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt eine baurechtliche Stellungnahme vorbereitet werde. In Bezug auf die Räumung der Wohnungen befinde sich der Bereich Gebäudewirtschaft in Gesprächen mit den Mietern. Sobald diese frei würden, können die Flächen der Einrichtung zur Unterbringung von Mitarbeiterräumen zugute kommen.

Im Zuge der Beratung ergibt sich von Seiten des Gremiums noch Anpassungsbedarf hinsichtlich des Beschlussvorschlags. Fraktionsübergreifend wird der Wunsch nach einer Vergrößerung des Gebäudes zur Unterbringung einer weiteren Gruppe sowie zur zügigen Fertigstellung der Baumaßnahmen geäußert.

EBM **Seigfried** formuliert eine entsprechende Modifizierung der Beschlussziffer 1 und stellt diese zur Abstimmung. Anschließend stellt er die durch Stadtrat **Heer** eingebrachte Ergänzung einer neuen Beschlussziffer 3 zur Abstimmung.

TOP 3

Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit

Vorl.Nr. 333/14

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Eine Abstimmung über die Vorl.Nr. 333/14 ist nicht erfolgt, da die Verwaltung diese zurückgezogen hat.

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) bezieht sich auf den Auftrag zur Neukonzeption der Schulsozialarbeit und erläutert anhand einer Präsentation die Grundüberlegungen der Verwaltung und das Rahmenkonzept sowie eine Gegenüberstellung der IST-SOLL-Zahlen. Das in der Vorlage enthaltene Rahmenkonzept müsse im Anschluss an die Beratungen noch mit den Trägern abgestimmt werden.

EBM **Seigfried** erinnert an die im Grundkonzept verankerten 10 Stellen, die aufgrund der Diskussion im Frühjahr d.J. um eine Stelle erweitert wurden. In der Folge habe man diese Stelle für den Haushalt 2015 angemeldet, was im Gegensatz zum vorgelegten Konzept einen Unterschied von einer bzw. anderthalb Stellen darstelle, was er hinsichtlich des noch bestehenden Abstimmungs- und Beratungsbedarfs zur Osterholzschule anmerke. Nachfolgend äußert er sich zum Verteilungsschlüssel und stellt die versehentliche Nennung eines Maßstabs unter Punkt 1.b) des Rahmenkonzepts als unrichtig klar.

Stadträtin **Moersch** bringt im Sachzusammenhang den Antrag ihrer Fraktion, Vorl.Nr. 384/14, ein und begründet diesen ausführlich. Von ihrer Seite sei eine Vermischung der verschiedenen Ansprüche nicht gewollt, weshalb sie fordere, die Innenstadtgymnasien aus der Gruppe herauszunehmen. Insgesamt erachte sie ein kommunales Engagement in diesem Bereich als unumgänglich und an den Gymnasien als dringlich umzusetzen. Den Antrag der Schulleiter der Campus-Gymnasien und der ARGE Campus auf je eine halbe Stelle pro Gymnasium bewerte sie als sehr bescheiden, weshalb dieser von der Fraktion der Freien Wähler unterstützt werde.

EBM **Seigfried** weist auf den Umstand hin, den Antrag für eine Landesförderung lediglich für eine weitere Stelle im Jahr 2015 gestellt zu haben, was in der bisherigen Haushaltsanmeldung in dieser Form für das Schuljahr 2015/16 Eingang gefunden hätte.

In der nachfolgenden Aussprache bedauert Stadtrat **Meyer** die unübersichtliche Regelung und Darstellung zur Verteilung der Stellenkontingente. Als Beispiel führt er die generelle Verteilung einer halben Stelle für Grundschulen mit Ausnahme des Campus und die weiteren Ausnahmen an. Die stufenweise Entwicklung der Schulsozialarbeit sei immer sorgfältig geplant und im breiten Konsens beschlossen worden. Aus diesem Grund möchte die CDU-Fraktion signalisieren, der in Punkt zwei der Beschlussvorlage formulierte Erweiterung mit einer zusätzlichen Stelle für die Campus-Gymnasien zustimmen zu können. Er bezeichnet dies als faire Lösung, gleichzeitig vertraue er darauf, dass die Gymnasien gemeinsam diese Stelle managen könnten. Hinsichtlich der weiter im Raum stehenden Aufstockungen bitte er die Konsequenzen im Sinne einer Gegenfinanzierung zu bedenken.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt die Stärkung der Grundschulen im Sinne früher Hilfen als absolut notwendig im derzeitigen Schulsystem. Als Kritikpunkt am vorgelegten Konzept formuliert sie, dass die geteilten Stellen für eine langfristige Beziehungsarbeit problematisch seien und empfiehlt im Bildungszentrum West für eine paritätische Besetzung zu sorgen. Bei einem derart großen Campus solle eine andere Organisationsform ins Auge gefasst werden, da die Schulsozialarbeit ansonsten eher eingreifend als präventiv tätig werde. Abschließend bittet sie darum, auf dem Innenstadtcampus die Aufsuchende Suchtpräventive Arbeit (ASPA) und die Jugendarbeit im Pavillion am Stadtbad (PaSta) einzubeziehen.

Stadträtin **Faulhaber** spricht sich für eine gründlichere Vorbereitung der Beschlussfassung aus. Auf den Campus eingehend macht sie deutlich, dass der Antrittszeitpunkt zum Schuljahr 2015/16 für die Vollzeitstelle nach ihrer Auffassung zu spät sei. Aufgrund der Konzentration vieler Schularten und der besonderen Herausforderungen auf dem Areal der Innenstadtsschulen rege sie an, den geplanten Wegfall der halben Stelle an der Justinus-Kerner-Schule um ein Schuljahr zu verschieben.

Für Stadtrat **Heer** ist es von besonderer Bedeutung, dass die Zuteilung und Zuordnung von Schulsozialarbeit nicht unbedingt an einzelne Schulen angegliedert werde, deshalb sei die FDP der Meinung, eine Zuteilung für alle Innenstadtgymnasien gemeinsam erfolgen zu lassen. Die finanziellen Auswirkungen müssten im Hinblick auf die Haushaltsberatungen im Gesamtkontext betrachtet werden. Insgesamt könne sich Stadtrat Heer dem Beschlussvorschlag zur zusätzlichen Stelle für Schulsozialarbeit anschließen, diverse Details zur Verteilung auf andere Standorte müssten allerdings noch geklärt werden.

Stadtrat **Kube** hält grundsätzlich eine Vollzeitstelle pro Schule für erforderlich. Deswegen beurteile er die Aufteilung eines Schulsozialarbeiters auf mehrere Schulen als nicht sinnvoll und könne dem Antrag der Freien Wähler-Fraktion zustimmen.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt die Grundgedanken der Konzepterstellung dar, welche auf der vorherrschenden Beschlusslage aufbaue, beispielsweise die Campusbildung zu berücksichtigen und die Osterholzscheule bei dieser Betrachtung zusammen mit dem Bildungszentrum West zu sehen. Nach der Aufnahme von Schulsozialarbeit als Präventivangebot an den Grundschulen und der Differenzierung der im Weiteren angemeldeten Bedarfe müssten die zukünftigen Entwicklungen Berücksichtigung finden und herausgefiltert werden. Sie spreche sich dafür aus, das Campus-Modell für die Innenstadtgymnasien beizubehalten und äußert sich zur Friedensschule, dem Bildungszentrum West und den Innenstadtsschulen. Bezüglich der Zeitschiene spreche sie sich für ein schrittweises Vorgehen mittels Einzelbeschlüssen aus, damit keine Überplanung eintrete.

In Anbetracht der unterschiedlichen Auffassungen im Gremium lenkt EBM **Seigfried** die Aufmerksamkeit auf die zu klärenden Fragen hinsichtlich einer gemeinsamen Schulsozialarbeit oder einer direkten Zuordnung zu einer Schule sowie die zu bedenkenden Konsequenzen der Umverteilung. Bei der Entscheidung für eine Ausweitung der Schulsozialarbeit müsse generell die fiskalische Entwicklung bedacht und entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Stadträtin **Moersch** kündigt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen Vorschläge zur Gegenfinanzierung einzubringen und den Antrag in diesem Rahmen erneut zu stellen. Nichtsdestotrotz erachte sie eine Diskussion ausschließlich anhand finanzieller Gesichtspunkte als nicht zielführend.

Abschließend fasst EBM **Seigfried** die Beratungsergebnisse zusammen und formuliert einen Arbeitsauftrag für die Verwaltung. Hiernach werde die Verwaltung beauftragt, bis zur nächsten Sitzung die dargelegte Konzeption an den heute noch offenen Stellen zu präzisieren und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zur Abstimmung zu stellen. In diesem Zusammenhang solle über den Antrag der Freien Wähler-Fraktion beraten werden.

Das Gremium stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise einmütig zu.

TOP 4

Benennung des Mitgliedes für die  
Auswahlkommission des neuen  
Schulleiterbesetzungsverfahrens

Vorl.Nr. 346/14

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Für die Auswahlverfahren von Schulleitungen werden für die Auswahlkommission nach Reihenfolge folgende Vertretungen für den Schulträger benannt:

1. Erster Bürgermeister Konrad Seigfried oder
2. Fachbereichsleitung Renate Schmetz oder
3. Abteilungsleitung Daniel Wittmann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber  
Stadtrat Heer

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** verweist auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 346/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 346/14 im Gremium zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Dem Betriebsübergang der städtischen Kindertageseinrichtung in der Schwaikheimer Straße an die evangelische Kirche zum Kindergartenjahr 2015/2016 wird zugestimmt.
2. Dem Vorschlag der Verwaltung bezüglich der Zuschusskonditionen der evangelischen Kindertageseinrichtung in der St.-Georg-Straße in Form einer Abmangelfinanzierung wird zugestimmt.
3. Die investiven Mittel für die evangelische Kindertageseinrichtung St.-Georg-Straße werden aus dem Budget des Fachbereichs Bildung, Familie, Sport finanziert.
4. Der Betriebskostenzuschuss wird ab dem Jahr 2015 im Haushalt berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber

**Beratungsverlauf:**

EBM Seigfried verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 283/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt EBM Seigfried die Vorl.Nr. 283/14 zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Das erfolgreiche Ludwigsburger Modell der Stadtjugendtrainer wird versuchsweise in den Jahren 2015-2017 um einen weiteren Trainer für die Sportart Fußball ausgebaut. Hierfür wird der Zuschuss an den Stadtverband für Sport von bisher 145.000 € um 45.000 € auf jährlich 190.000 € erhöht.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

## **Beratungsverlauf:**

Herr Fröhlich (FB Bildung, Familie, Sport) führt anhand der Vorl.Nr. 245/14 in die Beratung ein.

Herr Prof. Dr. Knecht (Stadtverband für Sport Ludwigsburg) macht die Notwendigkeit der Einstellung eines weiteren Jugendtrainers deutlich und geht auf die wesentlichen Punkte aus Sicht des Stadtverbands und die finanziellen Aspekte der Einstellung ein. Damit solle die Jugendtrainerschaft in der Breite gut aufgestellt sein und gleichzeitig ein Gang in die Spitze gefördert werden. Der Aufbau von Kapazitäten in den Vereinen durch Trainerschulungen gehöre ebenso zu den Zielen. Bisher fehle es dafür an einem einheitlichen Konzept zwischen den Vereinen, welches von einer neutralen Person getragen werde, die nicht bei den Vereinen sondern beim Stadtverband angestellt sei. Er kündigt innerhalb der drei Jahre den Aufbau eines Konzepts und einer Strategie an, die nach diesem Zeitraum einer Evaluierung anhand der gesetzten Ziele unterzogen werde.

Stadtrat Herrmann verweist darauf, dass dies der erste Erhöhungsantrag des Stadtverbands seit der erstmaligen Anstellung von Jugendtrainern vor 25 Jahren sei. Den gemeinsamen Vorschlag der 12 Fußballvereine, welchen sie unter der Regie des Stadtverbands eingereicht hätten, begrüße seine Fraktion ausdrücklich. Die starke Beteiligung am Fußballsport hätte aufgrund des großen Migrantenanteils in den Jugendmannschaften eine hohe integrative Wirkung und die Jugendarbeit in der Breite bedeute eine wichtige soziale Komponente. Stadtrat Herrmann bitte die Verwaltung für den Einsatz des Trainers an Schulen, im Rahmen der Sportangebote im Ganztags zu werben. Zurückhaltend positioniere sich seine Fraktion dahingegen in Bezug auf ähnliche Vorstellungen anderer Sportarten.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit äußert vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen die Einschätzung, dass die Verbände bei der Ausbildung von Übungsleitern schon gute Arbeit leisteten. Von daher wundere sie sich über den Umfang des Anforderungsprofils und erkundigt sich nach der Option eines Zusammenschlusses der Vereine im Jugendbereich, damit gezielter gefördert werden könne. Für eine bessere Einordnung wären für ihre Fraktion die Mitgliederzahlen um Jugendbereich der im Antrag aufgeführten Vereine von Bedeutung. Da diese Informationen fehlten, werde sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung enthalten.

Stadträtin Orzechowski begrüßt den Vorschlag, einen Stadtverbandstrainer einzustellen, sieht in den geäußerten Vorstellungen jedoch ein zu sehr auf den Sportverein 07 Ludwigsburg zugeschnittenes Konzept. Nach ihrer Einschätzung könnten die Vereine eine Beteiligung an den Personalkosten nicht leisten. Letztlich kündigt sie die Zustimmung ihrer Fraktion, verbunden mit dem Wunsch nach einer Berichterstattung nach einem Jahr, an.

Stadtrat Weiss erinnert an das im Masterplan Sport verankerte Ziel der Qualifizierung von Übungsleitern und der Jugendarbeit, welcher eine hohe Bedeutung beigemessen werde. Aufgrund eines hohen Anteils von Migrantenkindern sehe er ebenfalls eine soziale Aufgabe in den Vereinen angesiedelt. Wenn es das Ergebnis der Arbeit des Stadtverbandstrainers mit sich bringe, würde er sich darüber hinaus über eine Weiterentwicklung des Fußballs in Ludwigsburg freuen. Aufgrund dessen stimmt er der Vorlage im Namen seiner Fraktion zu.

Für Stadtrat **Heer** wird das erklärte Ziel, mittelfristig den Spitzenfußball in Ludwigsburg wieder zu etablieren, aufgrund der Konkurrenz durch andere Vereine und das Abwerben junger Talente, nicht gelingen. Daneben könne das definierte Anforderungsprofil bei der Betreuung von 12 Vereinen nicht geleistet werden. Er sehe in der Installation eines Stadtverbandstrainers eine versteckte Subvention zum Nachteil anderer und das Wecken von Begehrlichkeiten bei anderen Sportarten. Durch die Neustrukturierung im Dezernat II hätte Stadtrat Heer dem neuen Leiter des Fachbereichs Sport und Gesundheit gern die Möglichkeit eröffnet, diese Thematik zu begleiten und gründlich zu prüfen. Aus den vorgenannten Gründen lehne er den Beschlussvorschlag ab.

Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen berichtet Stadtrat **Kube** über die Wichtigkeit einer guten pädagogischen Ausbildung von Jugendtrainern.

In der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen erklärt Herr **Prof. Dr. Knecht**, dass mit der Begrenzung auf 45.000 Euro nicht alle gewünschten Qualifikationen zu erhalten seien. Dennoch werde man versuchen, möglichst viele davon umzusetzen und eine Aufstockung dieses Betrages im Benehmen mit den Vereinen prüfen.

Stadträtin **Wiedmann** bittet in die Talentförderung und Trainerausbildung auch weibliche Mannschaften und Trainerinnen einzubeziehen. Bei der Evaluierung wären für sie auch Befragungen und Rückmeldungen der Vereine von Interesse.

Herr **Prof. Dr. Knecht** antwortet, dass dies für beide Geschlechter angedacht sei. Die Evaluierung solle auf Basis von Fragebögen erfolgen und die Erreichung der gesteckten Ziele direkt bei den Vereinen abfragen. Nachfolgend sagt er zu, die von Stadträtin Steinwand erfragten Informationen zur Sitzung des Gemeinderats vorzutragen.

Abschließend weist EBM **Seigfried** auf den Jahresbericht der Stadtverbandstrainer hin, welcher detailliertere Informationen enthalte und stellt die Vorl.Nr. 245/14 zur Abstimmung.

TOP 7

Polizeiverordnung der Stadt Ludwigsburg

Vorl.Nr. 266/14

---

### **Abweichende Beschlussempfehlung:**

Der Gemeinderat stimmt der Polizeiverordnung der Stadt Ludwigsburg zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten (Anlage 1 zur Vorl.Nr. 266/14) zu.

*Abweichend zur Vorlage werden in der Polizeiverordnung die folgenden Paragraphen verändert erlassen.*

- 1. In § 11 Abs. 1 Nr. 2 wurde der Passus „das Konsumieren von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetz“ in „das Konsumieren von Betäubungsmitteln, welche unter das Betäubungsmittelgesetz fallen“ geändert.*
- 2. Das Wort „Spielplatz“ ist aus dem § 16 Abs. 2 Nr. 2 (Leinenpflicht für Hunde) gestrichen worden, da in Absatz 3 die Mitnahme von Hunden auf Spielplätze untersagt ist.*
- 3. § 35 Abs. 1 Nr. 12 wird in „entgegen § 11 Abs. 1 Nr. 2 Betäubungsmittel, welche unter*

*das Betäubungsmittelgesetz fallen, konsumiert“ geändert sowie die Nr. 18 durch „ oder Hunde auf Spielplätzen oder Liegewiesen mitnimmt“ ergänzt.*

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Im Vorfeld der Beratung werden durch die Verwaltung noch Änderungen zur Vorl.Nr. 266/14 eingebracht und an die Ausschussmitglieder verteilt.

Eingangs stellt Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) seinen Fachbereich anhand einer Präsentation vor und erläutert die Arbeitsbereiche der verschiedenen Abteilungen.

Stadtrat **Dr. Vierling** zeigt sich erfreut, dass der jetzige Entwurf den Bedenken seiner Fraktion Rechnung trage. Inhaltlich äußert er Nachfragen zur Ausgestaltung des Alkoholverbots auf dem Akademiehof und anderen attraktiven Innenstadtplätzen sowie den Maßnahmen, um dagegen vorgehen zu können. Darüber hinaus thematisiert er das Rauchverbot auf Spielplätzen und den gewünschten Schutz von Kleinkindern. Bei der Umsetzung halte er eine Kombination aus Überprüfung und vermehrter Reinigung für angebracht. Des Weiteren äußert Stadtrat Dr. Vierling Einzelanmerkungen hinsichtlich der Punkte Lärmschutz/Ruhezeiten, Betreten von Rasenflächen und sonstigen Anlagen.

Stadtrat **Dengel** vertritt die Auffassung, dass diese Verordnung dem Kommunalen Ordnungsdienst und der Polizei eine gute rechtliche Grundlage gebe, ihre Aufgaben bewältigen zu können, was allerdings nur durch entsprechende Kontrollen gewährleistet werde. Daher bitte er in einer der nächsten Sitzungen um einen Bericht durch Vertreter der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes, wie sie sich die Umsetzung der Verordnung in Kooperation vorstellten.

Stadtrat **Daferner** drückt seine Hoffnung aus, über die gesammelten Erfahrungen mit der neuen Polizeiverordnung in Form eines Berichts im Ausschuss informiert zu werden. Ansonsten sehe er die Entscheidungsreife dieser Vorlage erreicht, so dass darüber abgestimmt werden könne.

Nach den Ausführungen von Stadtrat **Heer** bestehe die größere Aufgabe darin, die Einhaltung der Polizeiverordnung durch Kontrollen sicherzustellen.

EBM **Seigfried** stellt nochmals klar, dass es sich um eine Rechtsgrundlage als Basis für das Einschreiten der Ordnungskräfte und eine Maßgabe für die Bürgerinnen und Bürger zum Verhalten innerhalb der Rechtsordnung handle. Andererseits würden sich mit dem Beschluss der Verordnung nicht automatisch einschneidende Verbesserungen ergeben, da dies aufgrund des Kontrollausmaßes nicht leistbar wäre.

Stadträtin **Dr. Traub** zeigt sich über die Überarbeitung erfreut. Ihrer Ansicht nach würden die Verbesserung in der Lesbarkeit und die Ergänzung von Beispielen die Kultur der gegenseitigen Rücksichtnahme und des Respekts befördern und der Verordnung somit zu einer besseren Akzeptanz verhelfen. Aus diesem Grund könne ihre Fraktion der Verordnung zustimmen.

Herr **Winkler** weist ebenfalls auf die Unmöglichkeit einer lückenlosen Kontrolle allen Bereichen hin. Der Fachbereich werde insbesondere durch Schwerpunktkontrollen für Verbesserungen sorgen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Moersch** geht Herr **Balzer** (FB Sicherheit und Ordnung) auf die Kennzeichnung der Bärenwiese als besonders freigegebene Fläche im Sinne der Polizeiverordnung ein. Darüber hinaus bestätigt er die Vorgehensweise des Kommunalen Ordnungsdienstes, immer um einen guten Ausgleich zwischen Gespräch und Repression bemüht zu sein.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 266/14 mit den Modifizierungen der Verwaltung zur Abstimmung.

TOP 8

Obdachlosenunterkunft - Ergänzungsbau "Im Riedle", - Grundsatzbeschluss

Vorl.Nr. 345/14

---

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine beschränkte Ausschreibung für einen schlüsselfertigen Ergänzungsbau auf Basis der vorhandenen Systembauten Im Riedle zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl.Nr. 345/14. Ein Sachvortrag wird vom Gremium nicht gewünscht.

Stadtrat **Herrmann** äußert die Bitte, bei der beschränkten Ausschreibung die Ludwigsburger Unternehmen zu berücksichtigen, die ein solches Vorhaben umsetzen könnten. Weiterhin gehe er bei den dargestellten Finanzmitteln von einer Obergrenze aus.

Stadtrat **Dr. Vierling** interessiert sich für den Umstand, ob die in der Vorlage angedeutete Möglichkeit einer Anschlussunterbringung von Asylbewerbern im Riedle nicht ein Verlassen der dreistufigen Konzeption der Obdachlosenunterbringung bedeute und damit die typischen „Riedle-Bewohner“ nicht mit anderen Personen mit einer guten Prognose zusammengebracht würden. Nach seiner Ansicht solle eine Trennung dieser Gruppen beibehalten und Gebäude sowie Platzzahl so dimensioniert werden, dass diese auf das einschlägige Klientel passe.

Stadträtin **Faulhaber** stimmt der Vorlage im Namen ihrer Fraktion zu und äußert eine Nachfrage zur Bauform der Obdachlosenunterkunft.

Ebenso drücken die Stadträte **Weiss, Heer** und **Kube** ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag aus. Stadtrat **Weiss** interessiert sich für die Investitionskosten des Vorhabens.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudemanagement) beantwortet die bautechnischen Rückfragen aus der Mitte des Gremiums. Er macht auf die Gesamthöhe der eingestellten Finanzierungsmittel von 3,1 Mio. EUR aufmerksam, die für die Errichtung des Obdachlosenheims an anderer Stelle geplant waren und aus denen der zum Beschluss stehende Ergänzungsbau finanziert werde. Diese Summe stelle nicht gleichzeitig die Höhe der Baukosten für den Ergänzungsbau dar. Eine Nennung belastbarer Kosten seien ihm erst nach der Ausschreibung möglich.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) äußert sich zur Anfrage von Stadtrat Dr. Vierling, indem er die Beibehaltung der beschlossenen Konzeption zur Obdachlosenunterbringung zusichert. Gleichwohl stehe sein Fachbereich auch vor einem Engpass im Riedle, sofern es zur Anschlussunterbringung von Asylbewerbern komme, da zu befürchten sei, dass ein Teil des Klientels im Riedle untergebracht werden müsse. Es bestünden mittelfristige Perspektiven für weitere Plätze, mit dem Bau der 20 Plätze vergrößere sich jedoch dieser Spielraum.

Nach den Ausführungen von EBM **Siegfried** werde mittelfristig eine Erhöhung der Kapazität um 60-80 Plätze angestrebt, wozu die Maßnahme im Riedle aber auch Erweiterungen anderer Standorte benötigt würden. Es sei jedoch schwer einzuschätzen ob diese ausreiche, weshalb aus seiner Sicht die Zielsetzung einer guten Integration von Asylbewerbern zusätzlich an Bedeutung gewinne.

Nach dem Verständnis von Stadtrat **Dr. Vierling** hätte man damit eine Mischkonzeption zur Nutzung der 20 Plätze im Auge, womit er seine Befürchtung und die Auflösung der dreistufigen Konzeption bestätigt sehe. Er möchte daher darauf hinweisen, dass seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag gleichzeitig nicht dem Zusammenhang dieser Belegungsoption gelte.

EBM **Seigfried** verneint eine Änderung des beschlossenen Konzepts zur Obdachlosenunterbringung. Vielmehr gehe man von einigen Personen in der Anschlussunterbringung aus, die sehr schwierig im Umgang und nicht therapiebereit seien. In der Regel würden im Riedle nur Menschen untergebracht, die zum Umfeld passten.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Faulhaber** erläutert Herr **Balzer** die Zahlen zur Betreuungssituation im Riedle. Die Verwaltung erfolgte durch die Wohnbau Ludwigsburg GmbH, zudem seien ein Hausmeister sowie zwei Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung in die Betreuung eingebunden.

EBM **Seigfried** fügt an, dass die Einrichtung für 160 Personen ausgelegt sei, wenn diese Zahl erhöht werde, führe dies zu einem Mehrbedarf an Personal. Nachfolgend stellt er die Vorl.Nr. 345/14 zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Daferner** bezieht sich auf die in Vorl.Nr. 314/14 aufgeführte Möglichkeit, im 1. Obergeschoss eine weitere Anlage mit Schließschranken zu errichten und bittet darum, diese zu prüfen und den Ausschussmitgliedern eine Rückmeldung zukommen zu lassen.

Stadtrat **Heer** stellt die grundsätzliche Frage, ob die Benutzung der Schließfächer einer derartigen Anlage nicht kostenpflichtig gestaltet werden könne.

EBM **Seigfried** sichert zu, diesen Vorschlag in die Überlegungen einzubeziehen.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der SPD-Fraktion Vorl.Nr. 243/14 ist mit Beratung der Vorl.Nr. 314/14 erledigt. Siehe Beratungsverlauf zu TOP 9.